

Grünen-Chefin Lang macht sich für Prüfung eines AfD-Verbots stark

Debatte | Reaktionen anderer Parteien fallen zurückhaltend aus / Merz: politische Auseinandersetzung sinnvoller als eine juristische

■ Von Norbert Wallet

Berlin. Die Grünen haben eine intensive Debatte über ein Verbot der AfD losgetreten. Auslöser der Diskussion ist die Razzia gegen eine Gruppe von »Reichsbürgern« in der vergangenen Woche, bei der auch eine Richterin und ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD festgenommen wurde. Die grüne Co-Bundenvorsitzende Ricarda Lang sagte, ein Verbot der Partei dürfe kein Tabu sein. »Das muss sehr genau geprüft werden. Denn was wir durchaus sehen, ist, dass der Rechtsextremismus einen parlamentarischen Arm hat – und das ist die AfD.« Zur Begründung sagte Lang, die AfD sei eine Partei, »die diese Demokratie – und am Ende auch dieses Land – zutiefst verachtet«. Sie habe

sich »gerade zum Sprachrohr von Wladimir Putin macht«.

Die Reaktionen der anderen Parteien auf den Vorstoß fallen derweil zurückhaltend bis ablehnend aus. CDU-Chef Friedrich Merz hält ein Verbot für nutzlos. Er halte deshalb von »solchen Verbotsverfahren gar nichts«, sagte er. »Die organisieren sich am nächsten

Tag neu und sind in einer anderen Partei. Und dann geht das Spiel von vorne los.« Deshalb sei eine politische Auseinandersetzung notwendig, keine juristische.

So sieht das auch der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion und ehemaliger Oberbürgermeister von Donaueschingen Thors-

ten Frei (CDU). Er findet, jetzt sei vor allem die Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) aufgefordert, zum Grünen-Vorstoß Stellung zu nehmen. »Allein die Bundesregierung verfügt durch den Verfassungsschutz auch über die für ein Verfahren erforderlichen Erkenntnismittel.«

Frei weist darauf hin, »dass mehr als ein Verfahren bereits gescheitert« sei. Ein entsprechender Antrag müsse daher gut überlegt sein. »Ein grüner Schnellschuss kann hier rasch zum Rohrkrepierer mit fatalen Folgen werden.« Zum jetzigen Zeitpunkt sei er deshalb »mehr als skeptisch«.

Das ist im Prinzip auch die Haltung der SPD, jedenfalls im Moment. Sebastian Hartmann, der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion sagte unserer Redaktion

zwar, dass die AfD »aus gutem Grund ein Verdachtsfall für den Bundesverfassungsschutz« sei.

FDP sieht ebenfalls wenig Nutzen

Das heißt, der Verfassungsschutz darf auch verdeckt Informationen sammeln, indem Personen observiert oder Informanten angeworben werden. Hartmann hält das für »wichtig, um ein Bild über die Gesamtpartei zu bekommen, denn um sie verbieten zu können, braucht man eindeutige Nachweise, dass die Partei eine verfassungsfeindliche Haltung vertritt und diese Haltung auch in aktiv-kämpferischer, aggressiver Weise umsetzt.«

Deshalb legt auch Hart-

mann die Priorität auf die politische Auseinandersetzung. Ziel der SPD bleibe es, »die AfD politisch zu stellen«. Hartmann nennt die Haltung der AfD in Hinblick auf die »Reichsbürger«-Razzia »mehr als bedenklich«. Sie grenze sich durch nichts von den Verschwörern, von »Reichsbürgern« oder anderen Extremisten ab. »Damit ist die AfD meines Erachtens auf einem klaren Weg auch als Gesamtpartei als extremistische Bestrebung eingestuft zu werden«, sagte Hartmann.

Die FDP ist traditionell sehr zurückhaltend beim Thema Parteienverbote. Der liberale Innenpolitiker Stephan Thomaie glaubt, dass eine Debatte über ein Verbot »am Ende nur der AfD selbst nutzt, die sich einmal mehr in ihrer Opferrolle inszenieren kann«.



AfD-Fähnchen liegen auf einem Tisch.

Foto: Karmann